



# Das Individuum im Zentrum

Von **Christian Walter**  
und **Andreas Wirsching**

Das **interdisziplinäre Forschungsprojekt** „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ beleuchtet in dieser Ausgabe aus verschiedenen Blickwinkeln die Frage, wie der Einzelne zum Gegenstand politischer Entscheidungen gemacht werden kann.

**W**enn wir über politisches Entscheiden nachdenken, kommt uns nicht primär das Individuum in den Sinn. Stattdessen denken wir an Parlamente, Regierungen, vielleicht auch an (Verfassungs-)Gerichte. In der Demokratie sind Entscheidungsprozesse in allen drei Gewalten meist kollektiv organisiert. Es geht um Verfahren und Prozesse, an deren Ende – nach Möglichkeit unter Beteiligung einer breiteren Öffentlichkeit – Entscheidungen getroffen werden können. Auf den ersten Blick scheinen das Individuum und Individualisierungsprozesse in modernen Gesellschaften deshalb unmittelbar nur wenig mit dem politischen Entscheiden zu tun zu haben.

Bei näherem Hinsehen wird aber klar, dass moderne westliche Demokratien in hohem Maße durch die Aufklärung und die mit ihr verbundene Ausrichtung des politischen Denkens auf das Individuum geprägt sind. Es ist also

ganz unvermeidlich, dass politisches Entscheiden auch eine individuelle Dimension aufweist. Das gilt ebenso für die Legitimation dieser Entscheidungen im kollektiven Wahlakt. Sogar der universelle Menschenrechtsschutz kennt nämlich die individuelle Dimension von Wahlen in Form des aktiven und passiven Wahlrechts als klassischem politischen Individualrecht. Aber dieses Wahlrecht realisiert sich nur in längeren periodischen Abständen. Abgesehen von den wenigen Beispielen direkter Demokratie führt es nicht selbst zu politischen Entscheidungen, sondern es dient der Legitimation von Repräsentationsorganen, denen die Aufgabe des Entscheidens übertragen wird. Das Wahlrecht beruht zudem auf dem Gedanken einer individuellen, autonomen Entscheidung bei seiner Ausübung. Deshalb müssen Wahlen nach Art. 38 des Grundgesetzes unter anderem „frei“ und „geheim“ sein.

## Es ist ganz unvermeidlich, dass politisches Entscheiden auch eine individuelle Dimension aufweist.

sichtbar. Was könnte individueller sein als der eigene Körper, und wo ließen sich Individualität und Autonomie plausibler beanspruchen als bei Entscheidungen mit Bezug zum eigenen Körper? Die historische Betrachtung zur Entstehung des Gesundheitsbooms zeigt aber, dass es auch hier von den Anfängen in den 1960er Jahren bis zu den jüngsten Erfahrungen massiver Freiheitsbeschränkungen im Zuge der Pandemiebekämpfung immer auch um ein Austarieren des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft geht.

Am Ende demonstrieren die vier Beiträge, dass das Individuum letztlich doch den Fluchtpunkt jeder politischen Entscheidung bildet. Wir sehen es zwar nicht unmittelbar, wenn wir nur den Entscheidungsprozess als solchen betrachten. Aber es ist für seine Legitimation unerlässlich. In Auseinandersetzungen über den akzeptablen Umfang kollektiver Beschränkungen einerseits und die Reichweite individueller Freiheit andererseits verhandeln demokratische Gesellschaften zugleich immer auch über ihre Identität als Kollektiv.

thema in der digitalen Welt fort. Dort sind die Möglichkeiten für eine individualisierte Ansprache einerseits größer und wohl auch subtiler. Andererseits scheint aber die Gefahr keineswegs nur in der (möglicherweise unbemerkten) Beeinflussung zur Stimmabgabe in eine bestimmte Richtung zu liegen, sondern auch in Ausschlusswirkungen und Tendenzen zur Bildung weitgehend hermetischer Gruppen. Philipp Scheurer greift diese Gefahr gleich zu Beginn seines Beitrags unter dem Stichwort der „Identitätspolitik“ auf und fragt, ob und inwiefern das Bundesverfassungsgericht mit seiner Rechtsprechung zu den Wirkungen der Grundrechte solchen Segregationstendenzen Vorschub leistet. Dabei verteidigt er einerseits die minderheitenschützende und insofern die für das Spannungsverhältnis von Individuum und Gemeinschaft zentrale Rolle der Grundrechte und arbeitet andererseits heraus, dass ihr Schutz durch die Gerichtsbarkeit nicht mit einer „Identitätspolitik“ durch den Staat und seine Organe verwechselt werden darf.

Das Spannungsverhältnis zwischen der für alle verbindlichen politischen Entscheidung einerseits sowie dem Schutz individueller Präferenzen und Eigenarten andererseits wird im einleitenden Beitrag von Judith Grosch besonders pointiert

### Prof. Dr. Christian Walter

ist Professor für Völkerrecht und Öffentliches Recht an der LMU München. Er ist Mitglied der BAdW und Co-Leiter des 2021 gestarteten BAdW-Projekts „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“.

### Prof. Dr. Andreas Wirsching


ist Professor für Neueste Geschichte an der LMU München und Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin. Er ist Mitglied der BAdW und Co-Leiter des BAdW-Projekts „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“.

### Einflussnahme auf Entscheidungen

Aber wie „frei“ sind wir als Wählerinnen und Wähler bei unseren Entscheidungen wirklich? Es ist die zentrale Rolle von Wahlkämpfen, Einfluss auf das Abstimmungsverhalten zu nehmen und die Wählenden zu überzeugen. In den hier nachfolgenden Beiträgen berichtet Daniel Stienen über Formen der Wahlbeeinflussung in der analogen Wahlkampfwelt. Dabei zeigt sich, dass den dort zur Verfügung stehenden Instrumenten Grenzen gesetzt sind, wenn es darum geht, individuelle Bedürfnisse zu adressieren. Im Vordergrund standen deshalb über lange Zeit gruppenbezogene Ansprachen. Der Beitrag von Laura Jung führt das Wahlkampf-

### **Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie**

Das interdisziplinäre BAdW-Forschungsprojekt „Kulturen politischer Entscheidung in der modernen Demokratie“ untersucht seit 2021 politische Entscheidungskulturen von den 1950er Jahren bis heute und legt dabei den Fokus auf das Davor statt das Danach politischer Entscheidungen. Es vereint Rechts- und Geschichtswissenschaft und fragt nach der Zeitstruktur demokratischer Entscheidungen, der Komplexitätssteigerung, der Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie, nach Demokratie und Geschlecht, der Gewaltenteilung und der politischen Sprache.  
[demokratie.badw.de](http://demokratie.badw.de)



**Wie „frei“ sind wir als  
Wählerinnen und  
Wähler bei unseren Ent-  
scheidungen wirklich?**